Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0241/2010
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	22.06.2010	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Finanzierung der Senioren- und Pflegeberatungsstellen durch den Rheinisch-Bergischen Kreis

Inhalt der Mitteilung

Gem. § 3 Abs. 2 Sozialgesetzbuch 12. Buch (SGB XII) ist der Kreis örtlicher Träger der Sozialhilfe. Gemäß Heranziehungssatzung hat der Kreis die ihm grundsätzlich obliegenden Aufgaben u. a. auch der Altenhilfe nach § 71 SGB XII auf die Kommunen übertragen.

Aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit den Kommunen hat der Kreis die ihm ebenfalls obliegende Aufgabe der Pflegeberatung (§ 4 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen – PfG NW) ebenfalls auf die Kommunen übertragen.

Auch für die Jahre 2008 und 2009 gab es eine Vereinbarung die beinhaltete, dass der Kreis und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Aufgaben- und Finanzverantwortung für die Aufgaben der Seniorenberatung im Rahmen der Altenhilfe und der Pflegeberatung tragen. Nach einem festgelegten Schlüssel auf der Grundlage von 3,5 Fachkraftstellen im städtischen Seniorenbüro führte das dazu, dass der Kreis an die Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2008 ca. 167.000 € und für das Jahr 2009 ca. 177.000 € überwies.

Der Kreis hat gemäß seiner Finanz- und Aufgabenverantwortung nach dem SGB XII auf dem Hintergrund seiner bisherigen Erfahrungen mit dem bisherigen Finanzierungssystem ein wesentliches Interesse an einer auf die Einzelberatung bzw. die entsprechenden Leistungstypen abgestellten Finanzierung. Zielsetzung des Kreises ist eine vorrangige pflegerische Versorgung in der eigenen Häuslichkeit. Aus Sicht des Kreises war es daher unter Berücksichtigung

der Steuerungsmöglichkeiten des Einzelfallmanagements und damit einhergehender Kostenverläufe erforderlich, von der pauschalen Finanzierung Abstand zu nehmen. Auf Initiative des Kreises haben die Hauptgemeindebeamten auf ihrer Sitzung am 19.02.2010 die vorgenannte Vereinbarung für 2008 und 2009 für die Zukunft dahingehend verändert, dass zukünftig nicht mehr die pauschale Abrechnung wie bisher vorgenommen wird, sondern im Sinne eines bedarfs- und leistungsorientierten Finanzierungssystems die Abrechnung auf der Grundlage festgelegter Leistungseinheiten (Fachleistungsstunden) erfolgt. Maßgeblich sind hier ausschließlich konkrete Beratungsgespräche/ -leistungen durch die Fachkräfte des Seniorenbüros oder des Sachgebietes „Existenzsichernde Hilfen“. Pro geleisteter Beratungsstunde erhält die Stadt auf der Grundlage der entsprechenden Werte der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ (KGSt) zur Deckung der Arbeitsplatzkosten 57 € und den gleichen Betrag nochmals zur Deckung aller Kosten, die im Zusammenhang mit der Allgemeinen Senioren-, Wohn- und Pflegeinformation, der Pflege und Entwicklung der kommunalen Versorgungsstruktur sowie der Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Diese Regelung gilt ab dem 01.04.2010.

Die Beratungseinheiten werden in Viertelstundenschritten gerechnet und sind aufgeteilt in bis zu drei Stunden für den **Regelfall**, bis zu fünf Stunden für Fälle mit **Hilfeplanung** und bis zu 10 Stunden für Fälle mit **Case-Management** (Case-Management bezeichnet ein sozialarbeiterisches Ablaufschema organisierter bedarfsgerechter Hilfeleistung, in dem der Versorgungsbedarf eines Klienten sowohl über einen definierten Zeitraum als auch quer zu bestehenden Grenzen von Einrichtungen, Dienstleistungen, Ämtern und Zuständigkeiten geplant, implementiert, koordiniert, überwacht und evaluiert wird).

Aufgrund der aus dem Vorjahr vorliegenden Daten ist davon auszugehen, dass zukünftig mit jährlichen Zahlungen des Kreises von ca. 63.000 € zu rechnen ist, was eine Verschlechterung der Einnahme p. a. (ggü. 2009) in Höhe von ca. 114.000 € entsprechen würde. Bezogen auf das Jahr 2010 ist demnach mit Mindereinnahmen von ca. 85.000 € zu rechnen (1/4 Jahr alte Rechnung und ab 01.04.2010 Fachleistungsstunden). Das Rechnungsergebnis könnte sich noch weiter verschlechtern, da sämtliche Arbeitgeberrisiken durch die Finanzierung über die so genannten Fachleistungsstunden bei der Stadt liegen. Sollte es, wie es sich abzeichnet, zu größeren krankheitsbedingten Abwesenheiten von Fachkräften kommen, ist das hierdurch entstehende Ausfallrisiko alleine durch die Stadt zu schultern.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:	9 Familie, Kinder, Jugend
Mittelfristiges Ziel:	-
Jährliches Haushaltsziel:	-
Produktgruppe/ Produkt:	Eigene soziale Dienste/ Seniorenbüro

Finanzielle Auswirkungen

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag	92.000 €	63.000 €
Aufwand: 3,5 Fachkraftstellen AG-Brutto incl. Overhead ohne Arbeitsplatzkosten	232.160 €	232.160 €
Ergebnis: siehe Erläuterungen in der Vorlage	140.160 €	169.160 €
2. Finanzrechnung (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u>		
	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten

Der Haushalt 2010 sieht bei Sachkonto 4422000 einen Ertrag von 63.000 € vor.

siehe Erläuterungen